



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Unsre Kohlennot

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die notwendigen neuen Organisationen mit der Demokratie vertragen. Das nordamerikanische Volk hat sich also darüber zu entscheiden, ob es die Fortdauer der Demokratie oder die Weltmachtstellung will. *



Unsre Kohlennot



ie Grenzboten haben kürzlich schon einen Aufsatz über die Kohlennot gebracht, der namentlich wertvolle Angaben über die bisherigen Leistungen der Bergwerke enthält. Wir wollen nun diese Frage auch einmal vom staatswissenschaftlichen und technischen Standpunkt aus beleuchten und versuchen, sie noch weiter zu klären.

Zunächst würde zu untersuchen sein, ob in Deutschland ernstlich von einer Kohlennot gesprochen werden kann. Es ist allerdings nicht zu bestreiten, daß augenblicklich eine große Nachfrage nach Kohlen herrscht, die die Steinkohlen- und Braunkohlenbergwerke scheinbar nicht befriedigen können. Leider wird eine Statistik über die fehlenden Kohlen sogar von den zuständigen Stellen, der Bergverwaltung, den Handels- und landwirtschaftlichen Kammern kaum geliefert werden können. Man ist also auf persönliche Eindrücke angewiesen. Und da scheint es dem, der den Verhältnissen näher steht, als ob das Publikum in diesem Jahre seine Einkäufe an Kohlen zu sehr überstürze. Aber zugegeben, es sei eine Kohlennot wirklich vorhanden, so könnte sie doch nur aus folgenden drei Umständen hervorgegangen sein. Erstens daraus, daß im vorigen Jahre durch den Streik der böhmischen Bergarbeiter die großen Vorräte an böhmischer und sonstiger Braunkohle, die in Mitteldeutschland jahraus jahrein bei den Händlern zu lagern pflegen, aufgebraucht sind. Zweitens daraus, daß die Eisenindustrie bei ihrem außerordentlichen Aufschwunge die jährlich übliche Mehrförderung der Steinkohlengruben in Anspruch genommen hat. Und drittens liegt der Schluß nahe, daß die englische Kohle, da sie zur Versorgung der großen Panzerflotten in China herangezogen werden mußte, zur Zeit im Norden Deutschlands weniger eingeführt worden ist, was die Handelsstatistik des Jahres später noch ausweisen wird.

Hierzu kommen eine stetige Zunahme der Bevölkerung in Deutschland, also ein Zuwachs an Kohlenverbrauchern, ein Aufschwung der Industrie und der Umstand, daß sich die Nachbarländer, die nicht in demselben Maße Steinkohle haben, von Jahr zu Jahr mehr unserm Kohlenmarke zuwenden. Da aber von diesen Ursachen der Kohlennot der Streik der böhmischen Bergarbeiter schon längst weggefallen ist, so dürften allmählich wieder normale Verhältnisse auf dem Gebiete des Kohlenmarkts zurückkehren, denn Englands Steinkohlengruben sind ungemein leistungsfähig. Und bei uns sind alle Steinkohlen-

und Braunkohlenbergwerke bemüht, schon um die günstige Konjunktur auszunützen, ihre Förderung weiter zu erhöhen. Aber es wäre doch notwendig, daß das Publikum aufhörte, sich schon im voraus für ein ganzes Jahr mit Brennmaterial zu versehen. Solche Mengen mit einmal zu liefern sind die Bergwerke außer stande. Es wird also zur Beseitigung der angeblichen Kohlennot zu allererst darauf ankommen, daß die Presse das Publikum zur Besonnenheit ermahnt. Sobald sich die Nachfrage von dieser Seite nur auf das übliche Maß beschränkt, dürften auch die Kohlenpreise wieder zurückgehn. Trotz alledem ist freilich nicht zu leugnen, daß, falls der Winter sehr hart werden sollte, doch noch eine wirkliche Kohlennot eintreten könnte, und daß darunter die ärmern Klassen der Bevölkerung schwer leiden würden. Es ist also klar, daß gegen die Kohlennot auch von Staats wegen etwas geschehn muß.

Daß die Kohlennot nicht dadurch beseitigt werden kann, daß die fiskalischen Bergwerke die Preise herabsetzen, ist schon vielfach in der Presse dargelegt worden. Diese Herabsetzung würde nur dem Händler, nicht dem Publikum nützen, oder den wenigen, die in der Lage sind, ihre Kohlen unmittelbar von den Staatswerken zu beziehen. Wichtiger wäre schon eine Herabsetzung der Kohlenpreise durch eine Vereinigung der Bergwerkbefitzer, um normale Preise herbeizuführen, aber es ist nicht möglich, eine solche Vereinigung gesetzlich zu erzwingen. Auch in Westfalen, wo schon eine Kohlenverkaufsvereinigung für den gesamten Industriebezirk besteht, wäre sie doch nicht imstande gewesen, einen Preisdruck auszuüben, weil das nicht für die Dauer von dem Willen des einzelnen, und sei dieser auch noch so stark, abhängt. Wer die Gesetze der Nationalökonomie kennt, wird sich darüber klar sein, daß Preis und Nachfrage in einer bestimmten Beziehung zu einander stehn, und daß, je größer die Nachfrage ist, auch der Preis um so höher wird, und daß dieses Verhältnis wie ein Naturgesetz wirkt, dem Publikum, Händler und Bergwerkbefitzer unterworfen sind. Damit soll freilich nicht dem Kohlenwucher das Wort geredet werden; andererseits schießen aber auch die Leute über das Ziel hinaus, die glauben, daß der Zwischenhandel beim Kohlengeschäft ganz entbehrlich sei. Die großen Steinkohlenbergwerke haben allmonatlich zweimal Tausende von Arbeitern pünktlich zu lohnen, und zur Beschaffung dieser Beträge kann der Großhandel nicht völlig entbehrt werden, mag er nun unmittelbarer Abnehmer oder Zwischenhändler sein. Die Bergwerke können sich die Konsumenten nicht immer aussuchen und müssen den nehmen, der zuerst an sie herantritt. Freilich wird immer von neuem danach gestrebt werden müssen, den Zwischenhandel möglichst einzuschränken; aber damit ist die Kohlennot noch nicht beseitigt. Es giebt also nur ein Mittel, dieser ein Ende zu machen, und das ist: die Vermehrung des Angebots.

Dafür stehn nun verschiedene Wege offen:

Erstens kann das Angebot in deutscher Kohle durch ein Kohlenausfuhrverbot vermehrt werden. Diese Maßregel würde ohne Zweifel mit einem Schläge wenigstens in den Gegenden, die den Bergbaurevieren nahe liegen, die Kohlennot beseitigen und allmählich auch weithin wirken; aber ihr stehn

wohl große handelspolitische Bedenken entgegen. Durch die Ausdehnung des Verbots auf die laufenden Verträge würden viele Privatinteressen auf das empfindlichste geschädigt werden. Das Verbot steht ferner im Widerspruch mit den Grundlagen unsers Verkehrslebens, das auf dem möglichst freien Güteraustausch beruht. Auch würde mit dem Kohlenausfuhrverbot ein Präzedenzfall geschaffen werden, der einem Lande wie Deutschland, das in seinen Ernährungsverhältnissen so sehr vom Auslande abhängig ist, unter Umständen einmal sehr verhängnisvoll werden könnte. Zweifelhaft erscheint es auch, ob die Handelsverträge ein solches Ausfuhrverbot zulassen. Endlich könnte ernstlich die Maßregel nur in Frage kommen, wenn für die ärmern Klassen wirklich eine Not an Brennmaterial eintrete. Es müßte also abgewartet werden, ob der Winter so streng wie im vorigen Jahre werden wird, und ob bis dahin nicht die Bergwerke imstande sein werden, ihre Produktion noch mehr zu steigern. Für den Eingeweihten ist bekannt, daß hierfür das Möglichste geschieht.

Näher liegt also ein andres, allerdings langsam wirkendes Mittel: die Erleichterung der Einfuhr von Kohlen aus dem Auslande durch Herabsetzung der Tarife. Das ist ein Weg, den auch das preußische Staatsministerium betreten hat. Ob dieser viel helfen wird, muß freilich abgewartet werden. Eigentlich müßte das Ausland bei den heutigen Kohlenpreisen schon soviel Kohle einführen, als es abzugeben vermag; das geschieht aber noch nicht. An der Börse hat denn auch die Maßregel nur eine geringe Baïsse für die heimischen Bergwerkpapiere hervorgerufen. Zunächst werden die ausländischen Bergwerksbesitzer bemüht sein, die Tarifiermäßigung in ihre Taschen gleiten zu lassen. Ein nennenswertes Sinken der Kohlenpreise ist deshalb noch nicht zu erwarten. Auch bleibt es doch bedauerlich, daß Deutschland, das über so reiche Kohlen-schätze verfügt, zu seiner Versorgung mit Brennmaterial noch an das Ausland herantreten muß.

Das führt uns auf die Frage: Werden bei uns auch alle Kohlenbergwerke ausgenutzt, und wenn nicht, wäre es nicht möglich, auf die säumigen Besitzer einen Zwang auszuüben? Der erste Teil der Frage muß unbedingt verneint werden. Zwar liegt über das Verhältnis der betriebnen zu den nicht betriebnen Werken kein statistisches Material vor; aber jeder Kenner weiß, daß das Verhältnis ungünstig ist. Nach den Grundbucheintragungen hat eine Gewerkschaft in der Umgebung von Sagan achtundsechzig Braunkohlenfelder, aber sie betreibt in keinem Felde Bergbau. Weiter hat in der Provinz Posen ein Bergwerksbesitzer neunzig solcher Felder, aber er hat nur eins in ganz geringem Umfange aufgeschlossen. Und doch herrscht in diesen Gegenden Kohlennot wie anderwärts. Die Gründe, warum soviel Kohlenfelder nicht ausgenutzt werden, sind sehr verschieden. In den großen Steinkohlenrevieren dienen sie den großen Bergbaugesellschaften als Reserven für künftige Zeiten. Andre haben zwar die Mittel, Kohlenfelder einzumuten, aber nicht, sie zu erschließen; sie betrachten deshalb ihre Felder lediglich als Spekulationsobjekte, ähnlich wie die Grundstückbesitzer ihre Areale in der Nähe großer Städte, und wollen sie nur gegen hohen Preis weitergeben. In den Braunkohlenrevieren kommt

es endlich vor, daß Grundbesitzer die Gegend nur einmuten, um sich den Bergbau von ihren Grundstücken fernzuhalten.

Dieses Vorhaben wird durch das heutige Verleihungsverfahren bei Bergwerken ungemein begünstigt. Der Finder einer Lagerstätte braucht nämlich nach dem Allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865, das in Preußen gilt, und dessen Grundsätze fast auf alle Bundesstaaten übergegangen sind, der Bergbehörde nicht mehr die Abbaumwürdigkeit seines Fundes nachzuweisen, sondern es genügt, wenn er am Fundpunkte das eingemutete Mineral auf der natürlichen Lagerstätte einigermaßen angehäuft vorzeigt. Verliehen wird auf einen solchen Fund hin ein Feld bis zu 2189000 Quadratmetern oder 857,34 preussischen Morgen. Es ist auch zulässig, auf einer Lagerstätte mehrere solcher Fundpunkte anzugeben. Ganze Gegenden sind auf diese Weise von Einzelnen auf Braunkohle usw. eingemutet worden. Nun wäre dagegen an sich noch nichts einzuwenden, wenn sich die Erwerber große Mühe gäben, ihre Felder gründlich auf den Inhalt zu untersuchen; aber oft fehlen ihnen hierzu die Mittel, oder sie stellen, sobald sich bei dem Bergbau nur einige unerwartete Schwierigkeiten zeigen, die Versuche gleich wieder ein. Kosten haben sie dann von dem Bergwerkbesitz nicht weiter. An diese eingemuteten Lagerstätten kann aber ein Anderer nicht mehr heran. Die heutigen Verleihungen bedeuten also für viele Gegenden im Osten schon die Aufhebung der Bergbaufreiheit. Das hat der Gesetzgeber mit den Erleichterungen im Verleihungsverfahren sicher nicht gewollt. Zudem ist dadurch viel wertloser Bergwerkbesitz entstanden; auch das ist ein großer Schaden, vom öffentlichen Interesse aus angesehen.

Bisher lag kein Anlaß vor, diesen Verhältnissen näher zu treten. Eine Kohlennot schien unmöglich; denn die Geologen bezeichneten die Kohlenschätze Deutschlands als ausreichend für Jahrhunderte. Inzwischen ist aber die Bevölkerungszahl Deutschlands stetig gestiegen, die Industrie aller Absatzgebiete hat einen großen Aufschwung genommen, und der Bergbau muß schon in größere Tiefen hinabsteigen, wenn er den Bedarf an Kohlen decken will. Die Erschließung eines neuen leistungsfähigen Bergwerks aber nimmt, sogar beim Braunkohlenbergbau, unter Umständen Jahre in Anspruch. Es zeigt sich jetzt, daß die Erschließung nicht mehr ganz, wie bisher, von dem freien Ermessen der Bergwerkbesitzer abhängig gemacht werden darf.

Nun hat das erwähnte Gesetz schon eine solche Bestimmung zu § 65 vorgeesehen, die bei einer Kohlennot angewandt werden könnte. Danach können die Oberbergämter im öffentlichen Interesse die Aufnahme des Betriebes in einem Bergwerk erzwingen. Bisher ist aber von keiner Behörde hiervon Gebrauch gemacht worden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand, sie sind einmal rein technischer Natur, denn es ist im einzelnen Falle nicht leicht zu bestimmen, was unter Betrieb zu verstehn ist. Werden hierzu auch geringfügige Arbeiten gerechnet, dann ist die Betriebsaufnahme leicht jahrelang zu umgehn. Aber dies ließe sich vielleicht noch verhindern. Schwerer wiegt schon das Bedenken, daß mit der Einführung des unmittelbaren Betriebszwanges

die Behörde eine mittelbare Verantwortung für die Rentabilität des Bergwerks übernehmen würde; es würde deshalb an Widerspruch gegen solche Anordnungen der Behörde nicht fehlen. Das Verfahren würde schließlich darauf hinauslaufen, vor der Anordnung die Abbaumwürdigkeit der verliehenen Lagerstätte festzustellen, was sich schon in früheren Zeiten als unmöglich für die Behörden herausgestellt hat und für die heutigen großen Tiefen, in denen sich der Kohlenbergbau zum Teil bewegt, noch schwieriger ist. Und endlich würde es unbillig sein, den Betriebszwang nur auf einzelne Werke auszudehnen. Würde er aber verallgemeinert, so würde eine Überproduktion beim Bergbau eintreten, und diese wieder die Rentabilität aller Werke in Frage stellen. Man kann es deshalb verstehen, warum die Behörden bisher von dem unmittelbaren Betriebszwange abgesehen haben.

Aber dieser Mißstand, daß sich viele Felder in einer Hand anhäufen, sowie die zum Teil daraus mittelbar entstehende Kohlennot in einigen Gegenden zeigen doch, daß auf die Dauer ganz ohne eine Art Betriebszwang nicht auszukommen ist. Es wird sich darum empfehlen, für alle nicht betriebenen Bergwerke eine Feldessteuer einzuführen. Sie müßte sich zunächst nach dem Werte des Minerals richten. Sie müßte ferner imstande sein, die massenhaften Ankäufe von Bergwerksfeldern durch eine Hand zu verhindern und auch den Bergwerkbefitzer zwingen, das eingemutete Feld nach der Verleihung noch auf seinen Inhalt sorgfältiger zu untersuchen oder, wenn ihm dies nicht lohnend erscheint, zu Gunsten der Bergbaufreiheit auf das Feld zu verzichten. Die Steuer dürfte selbstverständlich nicht so hoch sein, daß sie sofort zu der Aufnahme aller Bergwerke führen würde. Es müßte hierin die richtige Mitte zwischen dem Zwang und den Interessen des Besitzers gefunden werden; die Besitzer müßten für die Aufnahme des Betriebs ausschlaggebend bleiben. Damit nicht bei der Betriebsaufnahme Doppelbesteuerung eintritt, wird weiter bestimmt werden müssen, daß für die Bergwerke, soweit sie schon zur Vermögenssteuer^{*)} herangezogen werden, die Feldessteuer angerechnet werden kann. Die Festsetzung der Steuerstufen mag den Sachleuten und den Interessentenkreisen überlassen werden; sollen bestimmte Grenzen genannt werden, so dürften Sätze^{**)} von fünfhundert Mark jährlich für jedes Steinkohlenfeld und hundert Mark für jedes Braunkohlenfeld genügen. Da die Felder von verschiedner Größe sein können, so werden diese Sätze am besten auf den Hektar des angegebenen Maximalfeldes umgerechnet. Bei den konsolidierten Bergwerken wird die Steuer auch von den Einzelfeldern erhoben werden müssen. Zulässig wären auch

^{*)} §§ 2. 4. 18 des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893.

^{**)} Sie besteht in einigen Bundesstaaten, Ruß, Bayern, doch sind die Sätze dort zu niedrig, und in Sachsen besteht sie nur für metallische Bergwerke. Die erwähnte Ergänzungsteuer in Preußen, auch Vermögenssteuer genannt, bleibt in ihren Sätzen zu weit zurück, als daß sie unserm Zwecke dienen könnte, und außerdem wird der Vermögenswert der nicht betriebenen Bergwerke, da ihn selbst Sachleute kaum zu bestimmen vermögen, meist zu niedrig angegeben, sodaß diese Werke nicht in nennenswerter Weise zur Steuer herangezogen werden können.

Steuernachlässe für die ersten drei Jahre der Verleihung des Bergwerks, da nur die wirklich säumigen Besitzer von der Steuer getroffen werden sollen. Der Weg ist durchaus gangbar und empfehlenswert und wohl geeignet, eine Kohlennot künftig weniger wahrscheinlich zu machen. Die Maßregel würde übrigens in Preußen eine beträchtliche Einnahme für den Staat abgeben.

Doch mit dieser Maßregel sind die Mittel zur Abstellung der Kohlennot nicht erschöpft. Wer die Notizen zu dieser Frage in der Presse verfolgt hat, wird gefunden haben, daß die Bergwerkbefitzer einen Teil der Kohlennot auch darauf schieben, daß es ihnen zur weitem Steigerung der Förderung an Arbeitern fehle; wer den Verhältnissen näher steht, weiß, daß diese Klagen nur zu sehr begründet sind. Die Thatsache ist umso auffallender, als die Löhne der Bergarbeiter in den letzten Jahren stetig gestiegen sind und bald eine Höhe erreicht haben, über die im Interesse der Rentabilität des heimischen Bergbaus, wenn erst normale Preisverhältnisse wiederkehren, nicht gegangen werden kann. Ein Hauptgrund für das geringere Zufließen der Arbeiter zur Bergarbeit liegt wohl darin, daß in den Kohlenrevieren die Familien abnehmen, in denen es bisher zur Tradition gehörte, daß sich ihre Kinder dem Bergmannsstande widmeten. Der Ersatz aus andern Kreisen scheint ungenügend zu sein. Es ist eben nicht jedermanns Sache, sich seinen Tagesverdienst in einer Tiefe von sechshundert Metern zu suchen; sobald er in andern Industriezweigen bessere Arbeitsgelegenheit findet, wechselt er die Arbeitsstelle. Dazu kommt noch, daß zur Bergarbeit teilweise besonders geschickte Leute erforderlich sind, und nicht jeder, der sich hierzu meldet, genommen werden kann. Für die Bergarbeit sind Gewöhnung, Lust und Liebe und außerdem Mut erforderlich. Jetzt zeigen sich die Folgen der neuen Gesetzgebung, die den Bergmannsstand dadurch aufhob, daß sie ihm seine früheren Privilegien (Befreiung von Personalabgaben und vom Kriegsdienst) nahm und den Bergmann sozial ganz den übrigen Arbeitern gleichstellte. Es soll aber damit nicht gesagt werden, daß solche Privilegien wieder eingeführt werden müssen. Die Weltgeschichte kann man auch hierin nicht zurückschrauben. Aber es wäre ratsam, daß mit Hilfe einer günstigen Altersversicherung und mit staatlichen Anerkennungen für langjährige Dienste ein Weg gefunden würde, die Bergarbeiter mehr als bisher an ihren Beruf zu fesseln und diesem neue Arbeitslustige zuzuführen. Es würde zu weit gehen, den Gedanken hier auszuspinnen; es soll dies gelegentlich einmal geschehn.

Die Schwierigkeiten bei der Arbeiterfrage zeigen schon, daß die Beseitigung der Kohlennot auch in Zukunft immer ein Problem der Staatskunst bleiben wird. Es werden deshalb noch andre Mittel zur Hilfe herangezogen werden müssen.

Vor allen Dingen ist notwendig, daß die geförderten Kohlen nicht unnötig verschleudert werden. In dieser Beziehung liegt fast alles in Deutschland noch im argen. Gute Heizanlagen, die die Kohlen voll ausnutzen, findet man noch selten. Man prüfe nur einmal die Kesselanlagen der kleinern Fabriken und die Heizvorrichtungen der Wohnhäuser auf ihren Kohlenverbrauch; man

wird finden, daß sie zumeist Kohlenfresser in dem wahrsten Sinne des Wortes sind. Wer sich heute Fabrik- und Großstädten nähert, erschrickt über den Kohlendunst und den Rauch, der sich über ihnen lagert; danach hat es den Anschein, als ob es gar keine Erfindungen für rauchfreie Verbrennung der Kohlen gäbe. Augenscheinlich denkt niemand in Deutschland an Kohlenersparnis, weil man die Kohlenvorräte noch für unerschöpflich hält. Doch wir wollen nicht ungerecht sein: in einigen Großstädten ist allerdings schon der Anfang gemacht worden, in den Wohnhäusern die Heizvorrichtungen zu zentralisieren, auch giebt es in vielen Fabriken Mustereinrichtungen für Dampfkessel aller Art. Es muß gewünscht werden, daß diese Fortschritte der Technik immer weiteren Eingang finden. Mit Konzentration der Heizvorrichtungen in den Wohnhäusern ist in den Großstädten der Kohlenbedarf auch leichter zu übersehen. Wie jede große Stadt ihren Schlachthof, ihre Markthallen hat, müßte sie auch ihren Kohlenhof haben. Genossenschaften hätten dann den Einkauf zu besorgen.

Besonders günstig würde es auf den Kohlenverbrauch einwirken, wenn es gelänge, bei den Eisenbahnen den Lokomotivbetrieb durch Elektrizitätsantrieb mit stationären Kesselanlagen zu ersetzen. Die Versuche sind schon im Gange. Hoffen wir, daß sie zu einem befriedigenden Abschluß führen. Hierdurch würde der Kohlennot ein weiterer Kiegel vorgeschoben werden. Denn die jetzigen Lokomotiven sind starke Kohlenfresser und verlangen die Aufstapelung großer Vorräte an allen Orten. Die Eisenbahnverwaltung ist schon einer der größten Verbraucher von Kohlen.

Damit sind wohl alle Mittel zur Minderung der Kohlennot und zu einer künftigen Vorbeugung erschöpft. Zunächst anzufangen wäre mit der Einführung der Feldbesteuer; die Kohlennot unserer Zeit verlangt sie geradezu. Die Steuer ist auch ein Mittel, dem Überwuchern der Plutokratie auf einem großen Gebiete unserer Industrie entgegenzutreten; sie würde also ein Stück soziale Politik darstellen. Ob diese Maßregel durchführbar ist, läßt sich allerdings nur von den höhern Stellen der Staatsleitung aus sicher beurteilen, uns scheint sie, wie gezeigt, ernstlich notwendig. Wegen der Ausschließung neuer Kohlenfelder ist wohl auf den guten Willen der Bergwerkbefitzer, denen wir übrigens keineswegs gram sind, allein kein Verlaß. Freilich muß sich auch der Fiskus die Ausbeutung seiner Felder, soweit ihm Mittel hierfür zur Verfügung stehn, ebenso angelegen sein lassen. Auch wäre im Osten (Provinzen Posen und Preußen) eine weitere sorgfältige Untersuchung des Untergrundes auf das Vorhandensein von Stein- und Braunkohlenschätzen sehr zu wünschen.

Wenn also auf allen diesen Gebieten fleißig gearbeitet wird, dann dürfte es nicht schwer fallen, Kohlennöte künftig zu vermeiden, namentlich wenn es auch gelingt, die Arbeiterfrage zu lösen.

